

Wie Parteien auf komplexe Wählermärkte reagieren: Das Beispiel CDU

Von Karl-Rudolf Korte

erschienen in: **Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/2000, S. 707-716**

Vordergründig leidet die CDU noch an den Nachwirkungen des Spendenskandals. Doch unabhängig davon sieht sich die Christdemokratie als klassische Volkspartei mit den Herausforderungen der Zeitenwende konfrontiert: Wie kann und soll man inhaltlich und strukturell auf die gesellschaftspolitischen Modernitätsfolgen reagieren? Weder in Sachen politischer Programmatik noch hinsichtlich der Aktionsformen liefern die überkommenen Muster der Bonner Republik eine Orientierungshilfe. Wie eine konstruktive Umstellung auf einen veränderten und komplexen Wählermarkt aussehen könnte, soll nachstehend am Beispiel der CDU herausgearbeitet werden.

Zukunftsthemen

Die Themenfindung ist von herausragender Bedeutung, zunächst unter wahltaktischen Aspekten. Wahlen lassen sich nur dann gewinnen, wenn die Wähler eine Partei in wichtigen Sachthemen - an der Spitze nach wie vor Fragen der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik - für kompetent erachten. Aber auch machtpolitisch besitzt die Themenfindung einen hohen Stellenwert. Politische Gemeinsamkeiten sollten den Kern des Zusammenhalts wie der Mobilisierung innerhalb der CDU ausmachen. Politische Auseinandersetzungen um Themen und Agenda fördern die Kohäsion. In der jüngeren Vergangenheit hat - aufgrund der besonderen Rolle als Regierungspartei in einer Koalition - diese Funktion häufig eine Person als Kohäsionszentrum ausgefüllt. Fehlt jedoch der Kitt der Macht, müssen politische Gemeinsamkeiten für Integration sorgen. Solche Gemeinsamkeiten kristallisieren sich über kontroverse Richtungsentscheidungen heraus. Schließlich ist der Bereich der Themenfindung auch führungspolitisch relevant. Das Führungsteam muß zu den Themen passen. Gesucht sind Personen, die Lotsendienste übernehmen: zeitlich begrenzt, bei Bedarf moderierend, die inhaltliche Ausrichtung stets vor Augen und in stürmischen Zeiten verlässliche Orientierungspunkte ansteuernd.

Bundestagswahlen lassen sich nur durch den Gewinn der politischen Mitte erfolgreich bestreiten.¹ Das bürgerlich-konservative Lager fand dazu bis Anfang der 90er Jahre gute Voraussetzungen vor: dezidiertes Antikommunismus und das verbreitete Milieu des rheinischen Katholizismus ließen die Mitte mehrheitlich in der Christdemokratie ihre politischen Vertreter finden. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts zerbrach in vielen europäischen Ländern das Koordinatensystem der Parteien, während hierzulande die Einheit, der deutsche Sonderweg nach der Systemkonkurrenz, den Verfall des bürgerlichen Lagers verlangsamte, ohne ihn grundsätzlich zu verhindern. Insofern befindet sich die CDU mit dem Wahlverlust von 1998 und dem notwendigen Erneuerungsprozeß zeitversetzt im Gleichklang mit zahlreichen Schwesterparteien in Europa.

Der Spendenskandal fungiert als Katalysator einer solchen Erneuerung. Die Links-Rechts-Differenzierung bei zentralen innen- und außenpolitischen Themen ist obsolet geworden. Unter diesen Umständen fällt es immer schwerer, eine klare Trennungslinie zwischen einer auf die Vereinnahmung der sog. "Neuen Mitte" gerichteten Politik der Sozialdemokratie und entsprechenden christdemokratischen Bemühung zu ziehen. Darüber hinaus kommen mit der "Entchristlichung" der Gesellschaft der CDU zunehmend verlässliche Stammwähler abhanden.² Die Sicherheit von loyalen Rückhalten geht verloren.³ So gesehen findet sich die CDU in guter Gesellschaft: Die SPD ist von solchen Entwicklungen ebenso dramatisch betroffen.

Das strukturelle dealignment, der Rückgang der Identifikation mit einer Partei und damit einhergehende höhere Wählerfluktuationen zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien⁴ betreffen alle Volksparteien. Die Antworten der CDU auf diese veränderten Ausdrucksformen des Wählerwillens berühren die Frage nach einer Neubestimmung des Konservatismus im 21. Jahrhundert. Sie müssen sich an politisch-kulturellen Gegebenheiten in Deutschland sowie an übergreifenden Trends orientieren. Politisch-kulturell wird jedes Programm scheitern, das nicht parallel zur Modernisierung den ebenso verbreiteten wie

ambivalenten Bedarf nach Ruhe und Reform, nach konsensdemokratischem Pragmatismus, nach Stabilität und Sicherheit befriedigt.

Die Erfolge der CDU im vergangenen Jahr hingen vordergründig mit der Enttäuschung über die rot-grüne Regierungspolitik zusammen.⁵ Auf Kommunal- und Landesebene gewann die alte CDU vor allem deshalb, weil sie - etwa mit der Ausländerkampagne in Hessen und der Konzentration auf die Rentenproblematik im Saarland-Wahlkampf - die Sicherheitsängste der Menschen ausreichend bediente. Und da die Angst vor Veränderungen eher zunimmt, muß sich die CDU in dieser Hinsicht keine Sorgen um den Bestand einer Klientel machen.

Strategische Angebote seitens der Parteien müssen aber auch neue Wählergruppen - "ungebundene Wähler", "Wechselwähler" - ansprechen. Dazu sind Positionsbestimmungen gegenüber den Großtrends⁶ zu entwickeln: Globalisierung, Europäisierung, Überalterung, virtuelle Vernetzung, Entstehung der Wissensgesellschaft. Gesucht wird die Partei, die ihre Stammkundschaft zu halten und neue Wählergruppen zu gewinnen vermag.

Das Orientierungsdilemma des Alltags korreliert mit dem vormodernen Wunsch nach Führung. Angesichts einer solchen Stimmungslage käme es darauf an, den unumgänglichen Abschied von alten Glaubensgewißheiten in eine glaubwürdige politische Botschaft zu übersetzen. Dabei steht nicht die Inszenierung im Mittelpunkt.⁷ Erfolgreich ist vielmehr diejenige Partei, die als Formation die Kraft besitzt, einem gesellschaftlich bedeutenden Konflikt (cleavage) politisch Ausdruck zu verleihen.⁸

Die Spitzen der Partei könnten dabei Lotsendienste übernehmen und etwa Antworten auf folgende Fragen liefern:⁹ Verstehen die Menschen ihre politische und soziale Umwelt, in der sie leben und handeln? Haben sie das Gefühl der Sicherheit und Geborgenheit? Besteht der Eindruck, daß es fair und gerecht zugeht? Können sie sich einbringen, mitmachen oder selbst gestalten?

Die Ausrichtung an Moden hilft bei der Antwortsuche nicht weiter. Wäre man sogenannten Trend-Scouts gefolgt, wäre in der Geschichte der Bundesrepublik keine einzige der großen innen- und außenpolitischen Entscheidungen in der bekannten Form getroffen worden: Weder die Wiederbewaffnung noch die Einführung des Euro konnten sich auf mehrheitliche Zustimmung stützen, und bei einer Abstimmung über die deutsche Einheit hätten die Altbundesbürger, in Kenntnis der Transformationskosten, vermutlich dankend abgelehnt.

Die Frage, die sich stellt, ist die nach Gestaltungsspielraum und Handlungskorridor, über den politische Parteien in Verhandlungsdemokratien verfügen. Die strategische Antwort auf die Erosion der Wählermärkte, nämlich neue Wählergruppen anzusprechen, ließe sich durch eine policy-bezogene Reaktion ergänzen.¹⁰ Der Catch-all-Ansatz sollte gegebenenfalls sektorspezifisch ausgeweitet werden, um auch Ad-hoc-Issue-Allianzen an sich zu binden. Basierend auf der Tradition konservativer, liberaler und christlich-sozialer Werte könnte die Partei politische Schwerpunkte als Neue Union (Manuel Fröhlich) ausbauen, ohne sich inhaltlich verstellen zu müssen. Angela Merkel hat als neue Vorsitzende bei ihrer Antrittsrede auf dem Essener Parteitag die künftigen zentralen Themen intoniert, ohne allerdings präzise zu werden: "Markt und Menschlichkeit" heißt der integrierende Slogan.

Partei der Regionen

Die Antwort auf die vielerorts als bedrohlich empfundene Globalisierung könnte in der Betonung regionaler Identitäten, im Eintreten für Subsidiarität und Entschleunigung bestehen. Globalisierung gestalten wäre dann gleichbedeutend mit der Revitalisierung lokaler Räume und dazugehöriger Bewußtheiten. Im täglichen Identitätsmanagement wird derjenige gesucht, der in der zusammengerückten Welt globaler Vernetzung und weltweiter Finanz- und Aktientransfers lebt, zugleich aber für Ortsverbundenheit, Selbsthaftigkeit und intensive Freizeitnutzung eintritt.

Die neue Konfliktkonstellation¹¹ ist die zwischen transnationalen Organisationen und Institutionen auf der einen und den identitätsbildenden lokalen bzw. regionalen Netzwerken auf der anderen Seite: der Globalisierungs-Bruch.

Die CDU könnte versuchen, diese Vielfalt zu gestalten, mit einem Projekt, das ideologisch offen Problemlösungen offeriert. Kompetenz des governance bedeutet, politische Entwicklungen gemeinsam mit anderen Handlungsträgern einvernehmlich zu steuern.

Partei der sozialen Marktwirtschaft

Die notwendigen Reformen beim Umbau des Wohlfahrtsstaates sollten sich an der Idee der sozialen Marktwirtschaft ausrichten, die als Ordnungs- und Sozialpolitik zugleich ist: Der Staat ließ sich die Ordnung des wirtschaftspolitischen Rahmens nicht aus der Hand nehmen. Die FDP setzt auf neoliberalistische Konzepte (weniger Staat), die SPD auf Sozialinvestitionen (mehr Staat). Die Union könnte - unter Verweis auf die Gründungsväter der sozialen Marktwirtschaft Eucken und Müller-Armack - eine Mittlerposition anbieten¹², die auch die Modernisierungsverlierer bedient: Stichwort Generationengerechtigkeit.

Nur in Verbindung mit dem Modell der sozialen Marktwirtschaft wäre die CDU imstande, das auszufüllen, was die SPD mit der Bürgergesellschaft anstrebt, und ihr Projekt der Generationengerechtigkeit neben dem sozialdemokratischen Angebot der Verteilungsgerechtigkeit zu plazieren.

Partei der Europa-Akzeptanz

Der europäischen Integration liegt eine Funktionslogik mit unaufhaltsamer Sogwirkung zugrunde: Regieren auf nationalstaatlicher Ebene ist in Anbetracht der Agenda des 21. Jahrhunderts ein Anachronismus. Gerade deshalb aber nimmt ebenso unaufhaltsam der Protest zu. Mißtrauen begleitet den Integrationsprozeß, vor allem hinsichtlich der Osterweiterung.

Gefragt ist unter solchen Voraussetzungen eine Partei, die sich für weiteren Souveränitätsverzicht verwendet, jedoch nicht gewillt ist, an nationalen respektive regionalen Identitäten Abstriche zu machen. Um dies zu vermitteln, wird es notwendig sein, die Integrationsgeschwindigkeit in ein prüfbares Verhältnis zur Akzeptanz der Bürger zu bringen. Gemeint ist nicht die ausschließliche Orientierung an Demoskopie-Resultaten. Es geht vielmehr um ein Politiktempo, bei dem Zeit bleibt, kommende Integrations Schritte öffentlich zu erläutern und zu diskutieren. Nur so bleiben die Entscheidungsträger in den Nahräumen der Politik präsent. Und nur so läßt sich einem Populismus von rechts wirksam begegnen.¹³

Partei der inneren Sicherheit

Sicherheitsfragen besaßen schon immer einen hohen Stellenwert. Daran hat sich nichts geändert, im Gegenteil: Die Orientierungslosigkeit vieler Bürger geht einher mit zunehmender Verängstigung. Praktikable und finanzierbare Konzepte zum Ausbau der inneren Sicherheit werden daher auch zukünftig auf positive Resonanz stoßen.

Partei der Zukunftschancen

Im Zuge des gesellschaftlichen Wandels wächst die Bedeutung des "Sozial-kapitals".¹⁴ Die Verantwortung des Individuums für das Gemeinwohl schafft die Grundlagen der Demokratie. Wo sich der Staat zurückzieht, entsteht die Netzwerk-Gesellschaft, die es zu gestalten gilt.

Das kann wertkonservativ geschehen, etwa durch Festhalten am Sozialstaat als gemeinschaftliche Verpflichtung. Unter christlich-sozialen Vorzeichen könnte auch die Familienpolitik stärker in den Vordergrund gerückt werden. Und: Warum attackiert die Neue Union nicht die rot-grünen Steuerreformpläne unter christlichem Fokus, als geplante Aushöhlung der Finanzierung der Kirchen?

Aber auch unter liberalen Vorzeichen ließe sich die Zukunft gestalten: durch Integrations- und Einwanderungskonzepte, durch Förderung der Bildung als Zukunftskapital der kommenden @-Generation und der Wissensgesellschaft.

Konsequenzen aus der Spendenaffäre

Erst der Spendenskandal hat die CDU schonungslos mit der Realität des Machtverlustes auf Bundesebene konfrontiert. Erst durch diese Affäre ist die Union wirklich dort angekommen, wohin sie der Wähler geschickt hat: in der Opposition. Die Regenerationschancen der Christdemokraten liegen allerdings nicht in der Krise, das ist nur eine Trostformel mit autosuggestiver Wirkung, sondern in der Einfindung in die Rolle einer kompetenten Opposition, die überzeugende Sachalternativen zu bieten hat. Als Opposition ist

sie imstande, programmatisch vielfältiger zu sein als die Regierung. Koalitionspolitische Rücksichtnahmen entfallen, und das Publikum prüft nicht alle Positionen und Vorschläge auf innere Konsistenz.

Die CDU hat im Verlauf ihrer Generalerneuerung bereits einen Vorsitzenden verschlissen. Bei der Nachfolgediskussion suchte man nach einem Sanierer in der Rolle des Erneuerers. Nur: Normalerweise agiert ein Sanierer als Abwickler, er beruhigt und bereinigt, um danach zum nächsten Problemfall weiterzuziehen. Ein programmatischer Erneuerer ist der Sanierer in aller Regel nicht. Der Erneuerungsprozeß könnte sich wie schon zwischen 1971 und 1973 (Kiesinger, Barzel, Kohl) erneut als personalintensiv herausstellen.

Im Hinblick auf die Finanzen gilt es, das System organisierter Verantwortungslosigkeit durch ein neues Finanzstatut zu beenden. Die Delegierten des Essener Parteitages haben für die Modifikation bisheriger Praktiken votiert. Hier muß ein Konzept entworfen werden, das die Verantwortlichkeit für Fehlverhalten klar zuordnet und generell Transparenz und Kontrolle (be-)fördert.

Darüber hinaus sollte geklärt werden, warum der Finanzbedarf der Partei in den letzten 20 Jahren so dramatisch gestiegen ist und wie er sich zukünftig entwickeln wird: Bedürfen Wahlkämpfe tatsächlich einer Gesamtorganisation mit tausenden festangestellter Mitarbeiter? Die Amerikanisierung der deutschen Parteien hat bislang nur die Bereiche Personalisierung, Inszenierung und Wahlkampfprofessionalisierung erreicht. Modern Cadre Parties¹⁵ sollten ebenso die Dienstleistung ins Zentrum rücken, neben der Wahlkampfführung auch die Elitenrekrutierung und das Regieren in Parlamenten. Dabei sind Kleinorganisationen allemal leistungsfähiger.

Angela Merkel ist die erste CDU-Vorsitzende, die nicht in Vorstandssitzungen erfunden wurde. Die basisdemokratische Inthronisierung besitzt eine zukunftsweisende Dynamik, die nicht verspielt werden darf: Sie scheint die deutschen Sehnsüchte nach politischer Romantik zu befriedigen und steht statt für Taktieren und Finassieren in Kungelrunden für glaubwürdige Antworten auf überschaubare Probleme. Obwohl mit überzeugender Mehrheit zur Parteivorsitzenden gewählt, muß sie ihre Position innerhalb der Partei durch mühselige Tagesarbeit zu sichern versuchen, wobei dies wohl weniger durch Machtausübung im klassischen Sinne als durch Aufbau und Pflege informeller Kommunikationsnetzwerke geschehen wird. Angela Merkel könnte im Idealfall zweierlei verbinden: eine offene, eben nicht durch eingeforderte Loyalität abgeblockte Debattenkultur zuzulassen und zugleich informelle Vorentscheidungen integrierend voranzutreiben. Ihre Essener Antrittsrede war diesbezüglich durchaus aufschlußreich. Einer über Monate desorientierten und führunglosen Partei bot sie ein neues Wir-Gefühl. Durch den absichtsvollen Wechsel der Personalpronomen "ich", "ihr" und "wir" schuf sie eine Atmosphäre des Aufbruchs, ohne sonderlich konkret werden zu müssen.

Schließlich geht es um eine Organisationsreform, wobei mit der Frage Zentralisierung oder Dezentralisierung die innere Machtverteilung auf dem Prüfstand steht. Der Ausbau des seit der Kohlschen Beichte vom November 1999 wiederbelebten Parteipräsidiums zu einem Kollegialgremium mit sachpolitischer Zuständigkeit einzelner Mitglieder wirkt auf den ersten Blick attraktiv, weil es die Vorsitzende entlastet; es relativiert aber auch deren Führungsauftrag. Einen Ausweg aus den täglichen Entscheidungsdilemmata weist unter machtpolitischen Prämissen nicht die Herausstellung des Präsidiums als Führungsteam, sondern eher die Profilierung des aus den Vorsitzenden der Schwesterparteien CDU und CSU und dem Vorsitzenden der gemeinsamen Bundestagsfraktion bestehenden Dreiecks.

Dazu könnten die Landesverbände stärker als bisher als Ideengeber agieren. Dort ist das Prinzip lokaler Identitäten und regionaler Problemlösungen bereits verwirklicht. Gleiches gilt für die diversen Vereinigungen der CDU. Idealerweise käme eine Ideenbörse zustande, auf der Parteizentrale, Landesverbände, Bundes- und Landtagsfraktionen und die parteieigene Stiftung um beste Lösungen konkurrieren.

Lehren aus den 70er Jahren

Daß eine vergleichbare Erneuerung nach zwei Jahrzehnten Regierungsbeteiligung (1949-1969) in den 70er Jahren erfolgreich durchgeführt wurde, hatte mehrere Ursachen. Zum einen mußte die CDU nach Jahren der Selbsttäuschung erst lernen einzusehen, daß sie selbst die Verantwortung für die Wahlniederlage von 1969 trug: Der Partei waren die mehrheitsfähigen Themen abhanden gekommen. Mühselig trimmte sie nachholend ihre innen- und außenpolitische Agenda auf Reform und Entspannung. Eine neue,

unverbrauchte Führungsriege überdeckte den vorherigen personellen Verschleiß und konnte nach und nach verlorengegangenes Vertrauen zurückgewinnen.

Zudem mußte der unbedingte Wille zur Macht wiederhergestellt werden. Halbherzige Unterstützung des Kanzlerkandidaten und unentschlossene Programmdebatten vermitteln dem Wähler den Eindruck, die Partei sei noch nicht reif, die Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Die Kraft zur Erneuerung erwuchs dabei auch aus der Emanzipation der Christdemokraten von der bayerischen Schwesterpartei. Rainer Barzel stand nach 1971 in seiner Doppelfunktion als Partei- und Fraktionsvorsitzender in direkter Abhängigkeit von Franz-Josef Strauß. Denn die Union wurde zu Beginn der Oppositionszeit fast ausschließlich über die Arbeit der Bundestagsfraktion wahrgenommen. In der Fraktion verfügte die CSU über unmittelbare politische Zugriffsmöglichkeiten. Die Bundespartei hingegen war seit der Regierungsübernahme durch die sozialliberale Koalition nahezu sprachlos und unwillig, die eigenen Fehler schonungslos zu analysieren.

Ämterwechsel änderten diese Konstellation. Helmut Kohl übernahm 1973 den Parteivorsitz, Karl Carstens wurde Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Newcomer Carstens galt - wie Friedrich Merz heute - als unverbraucht. Er taktierte zwischen dem regierungsverwöhnten Establishment seiner Abgeordneten-Kollegen und den reformfreudigen Kräften. Kohl vermochte als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident der CSU Paroli zu bieten. Da er nicht unmittelbar in den Fraktionskontext eingebunden war, konnte er Gesinnungsfreunde innerhalb der Partei an sich binden, die ebenfalls eine Gegenmachtbildung zur CSU für notwendig erachteten. Aus der Fraktionspartei CDU entstand im Laufe der Zeit eine oppositionelle Bundespartei, die den Kreuther Beschluß der CSU, die Fraktionsgemeinschaft aufzukündigen (1976), selbstbewußt mit der Drohung beantwortete, ihren Aktionsradius nach Bayern auszuweiten.

Gegen Ende der 70er Jahre agierten CDU und CSU wieder als gleichberechtigte Schwesterparteien. Die beiden christlichen Parteien und die gemeinsame Bundestagsfraktion boten im Wettbewerb miteinander - für die Wähler durch interne Konflikte und Kontroversen erkennbar personifiziert - wertkonservative, christlich-soziale und liberale Politikkonzepte. Nicht programmatische Einheit war der Schlüssel zu einer Wiedererstarkung der Christdemokratie, sondern die konzeptionelle Vielfalt, die wiederum die Selbstbesinnung der CDU zum Ausgang hatte.

Die Modernisierung der Partei trieb der seinerzeitige Generalsekretär Kurt Biedenkopf voran. Zwischen 1971 und 1977 verdoppelte sich die Zahl der Mitglieder von 329000 auf 664000. Aus dem Kanzlerwahlverein machte Biedenkopf eine moderne Apparate- und Mitgliederpartei. Der Kommunikationsfluß zwischen der Parteiführung und den Landes- und Kreisverbänden wurde professionalisiert, die Facharbeit parallel dazu innerhalb der Bundesgeschäftsstelle konzentriert. Die Grundstruktur der Partei blieb allerdings unangetastet: Bei der CDU handelt es sich nicht um eine oligarchische Großorganisation, sondern eher um eine lose verkoppelte Polyarchie mit vielfach geschichteter Machtverteilung.¹⁶ Gerade dieses Bauprinzip machte es für Kohl so wichtig, ein engmaschiges persönliches Netzwerk als machtpolitisch relevantes Frühwarnsystem zu etablieren.¹⁷

Eine programmatische Alternative in der Innen- und Außenpolitik, zusammengehalten durch die Formel "Freiheit oder Sozialismus", bot nicht allein in Wahlkämpfen Gelegenheit zur Polarisierung. Mit Themen wie die "Neue Soziale Frage" profilierte sich die Christdemokratie zusätzlich. Diese Themen plazierten zumeist Biedenkopf und Heiner Geißler als sein Nachfolger im Amt des Generalsekretärs.

Überhaupt fällt dem Generalsekretär die Aufgabe zu, die programmatische Erneuerung zu befördern. Politische Alternativen hingegen trägt in der Regel der Fraktionsvorsitzende vor. Beide zusammen gestalten den politischen Neuanfang. Hingegen fungiert, gerade in der CDU als einer heterogenen und extrem föderalen Organisation, der Vorsitzende als Moderator des Interessenausgleichs. (Wolfgang Schäuble büßte seine inhaltliche Brillanz in dem Moment ein, in dem er auch Parteivorsitzender wurde.)

Ob die obige Typbeschreibung auf Ruprecht Polenz zutrifft, wird sich zeigen. Dessen Inthronisierung war primär dem Vorhaben geschuldet, den Einfluß des nordrhein-westfälischen Landesverbandes zu kontrollieren. März, Rüttgers und Polenz werden sich wechselseitig beobachten und, aus dem Blickwinkel von Angela Merkel, eher neutralisieren.

FDP als Vorbild?

Die Rückschau auf die erste Oppositionszeit der CDU bestätigt, daß eine rückhaltlose Diskussion der Wahlniederlage von 1998, die noch immer aussteht, unumgänglich ist. (Der Verweis auf den Faktor "Kohl muß weg" reicht da nicht aus.) Desgleichen steht ein Wandel hin zur modernen Kaderpartei an, der mit tiefgehenden Veränderungen verbunden ist: hin zur Medienpartei, in der die Führung mit den Mitgliedern über die Medien kommuniziert, zur Wahlkampfpartei, die die Parteienkonkurrenz höchst professionell vorbereitet und durchführt, zur Dienstleistungspartei, in der weniger Mitglieder Ideen-Management anstoßen. Das bedeutet eine konstante Arbeit an langfristigen Zielsetzungen, unabhängig vom jeweiligen Wahlkalender. Nicht die soziale Einbindung, sondern die Mitgestaltung der gemeinsamen Überzeugungen prägt zukünftig die Mitgliedschaften.¹⁸ Unter organisatorischen Gesichtspunkten gerät die FDP zum Vorbild: entbunden von der Notwendigkeit, Mitgliedermassen zu binden, ohne teuren Apparat arbeitend und ohne inhaltliche Traditionslastigkeit.

Eine programmatische Runderneuerung, die die traditionellen Bestände an den neuen Gegebenheiten ausrichtet, ist langfristig anzulegen und darf sich nicht das Jahr 2002 zum Zielpunkt wählen. Keine Vereinigung kann mit einem neuen Vorsitzenden umstandslos durchstarten, wenn der Vorgänger 25 Jahre im Amt war. Nachfolger brauchen Zeit.

Die "Normalität" von Parteien

Wird die Parteiendemokratie grundsätzlich problematisiert, verschieben sich die Maßstäbe zur Beurteilung der "Normalität" von Parteien. Die Grünen wollen den Weg einer "normalen" Partei beschreiten, die Trennung von Amt und Mandat abschaffen und basisdemokratische Elemente durch stärkere Rechte der Führungsgremien ersetzen. (Das Vorhaben ist inzwischen ins Stocken geraten.) Die CDU übte sich bei der Kür ihrer neuen Vorsitzenden in basisdemokratischer Manier. Über Kollegialführung im Präsidium und Vorstand wird offen nachgedacht. Gerade dies hat die SPD mit der Übernahme der Regierungsverantwortung abgeschafft. Den traditionell starken stellvertretenden Vorsitzenden der Partei hat der Generalsekretär den Rang abgelassen.¹⁹

Den Maßstab zur Bewertung der Parteien-"Normalität" gewinnt man offensichtlich aus dem Dualismus von Regierung und Opposition. Machtzentralisierung sichert dem Kanzler das Regierungsgeschäft. Regieren mit sogenannten Programmparteien erschwert es. Programmatische Vielfalt charakterisiert das Verhalten der Opposition. Deren Vorschläge müssen sich nicht auf Realitätstauglichkeit prüfen lassen. Deshalb ist eine offene Debattenkultur für die Opposition nicht schädlich. Umfragen suggerieren zwar einen Bonus für geschlossenes Auftreten.²⁰ Das bezieht sich jedoch auf das Ergebnis der Politik, nicht auf den Prozeß der Entscheidungsfindung. Ist nach möglicherweise langwierigen und kontroversen Sachdebatten schließlich eine Entscheidung in den entsprechenden Gremien gefallen, sollte sie, dem Mehrheitsprinzip folgend, geschlossen nach außen vertreten werden. Nachträgliche Unstimmigkeiten strafen die Wähler ab.

Das gilt auch für Koalitionen, wie das Ergebnis der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen nahelegt.

1 Bestätigt z.B. bei Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase (Hg.), Wahlen und Wähler. Diese umfangreiche Publikation erschien seit den 80er Jahren zu jeder Bundestagswahl.

2 Vgl. Franz Walter und Tobias Dürr, Die Heimatlosigkeit der Macht. Wie die Politik in Deutschland ihren Boden verlor, Berlin 2000, S.123-155.

3 Vgl. Richard Herziger, Aufbruch ins Nirgendwo, in: "Die Zeit", 23.3.2000. Zur politisch-kulturellen Einordnung Werner Weidenfeld und Karl-Rudolf Korte, Die Deutschen. Profil einer Nation, Stuttgart 1991.

4 Grundsätzliches dazu bei Angus Campbell u.a., The American Voter, New York 1960.

5 Landtagswahlen haben zudem einen "antigouvernementalen" Effekt: gegen "Bonn" und mittlerweile gegen "Berlin". Vgl. Karl-Rudolf Korte, Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2000.

6 Vgl. HypoVereinsbank, Trend-Book 2000, München 2000.

7 Zu diesen Politikstilen vgl. Karl-Rudolf Korte und Gerhard Hirscher (Hg.), Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik? Über den Wandel von Politikstilen in westlichen Demokratien, München 2000.

8 Vgl. Walter, Dürr, a.a.O., S.216; Ulrich Eith und Gerd Mielke, Die soziale Frage als neue Konfliktlinie? Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat und zur sozialen Gerechtigkeit, in: Hans Rattinger u.a. (Hg.), Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Opladen 2000 (i.E.).

- 9 Vgl. Warnfried Dettling, Politik und Lebenswelt. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft, Gütersloh 1999, S.17.
- 10 Weitere Hinweise bei Albrecht Müller, Von der Parteiendemokratie zur Mediendemokratie, Opladen 1994.
- 11 Scott Flanagan und Russel J. Dalton, Parties Under Stress: Realignment and Dealignment in Advanced Industrial Societies, in: Westeuropean Politics 1984, S.7-23.
- 12 Informationen dazu bei Uwe Andersen u.a., Der Staat in der Wirtschaft der Bundesrepublik, Leverkusen 1985.
- 13 Zu Differenzierungen zwischen Populismus und Volksparteien vgl. Frank Böckelmann, Stellen Sie sich vor, jemand nennt Sie "Faschist", in: "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ), 1.4.2000.
- 14 Vgl. Robert D. Putnam (Hg.), Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich, Gütersloh 2000 (i.E.).
- 15 So Ruud Koole, The Vulnerability of the Modern Cadre Party in the Netherlands, in: R. S. Katz und Peter Mair (Hg.), How Parties Organize, London u.a. 1994, S.278-304. Vgl. auch Peter Mair u.a. (Hg.), Parteien auf komplexen Wählermärkten, Wien 1999.
- 16 Vgl. Peter Haungs, Die CDU. Prototyp einer Volkspartei, in: Alf Mintzel und Heinrich Oberreuter (Hg.), Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1992, S.172-216; Peter Lösche, Wirklich nur ein Kanzlerwahlverein? In: FAZ, 25.8.1998.
- 17 Vgl. Karl-Rudolf Korte, Kommt es auf die Person des Kanzlers an? Zum Regierungsstil von Helmut Kohl in der Kanzlerdemokratie des deutschen Parteienstaates, in: "Zeitschrift für Parlamentsfragen", 3/1998, S.387-401; ders., Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen, Stuttgart 1998.
- 18 Vgl. Wilhelm P. Bürklin, Viola Neu und Hans-Joachim Veen, Die Mitglieder der CDU. Interne Studie, Konrad-Adenauer-Stiftung 148/1997.
- 19 Vgl. Karl-Rudolf Korte, Das System Schröder. Wie der Kanzler das Netzwerk seiner Macht knüpft, in: FAZ, 25.10.1999.